



Neustart für ein besseres Europa

Regierungserklärung der Bayerischen Staatsministerin für
Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Dr. Beate Merk
am 3. April 2014 vor dem Bayerischen Landtag

*Es gilt das
gesprochene Wort*

**Regierungserklärung der Staatsministerin für
Europaangelegenheiten und regionale
Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei
Dr. Beate Merk, MdL, am 3. April 2014 im
Bayerischen Landtag**

Neustart für ein besseres Europa

- Anrede -

I. EUROPA VOR DEM UMBRUCH?

Russland hat sich binnen weniger Tage die Krim unter Bruch des Völkerrechts einverleibt. Europa hat geschlossen reagiert. Ein Fortschritt, wenn man sich an die Reaktion auf die Aufstände in Libyen erinnert!

Eine Schulden- und Wirtschaftskrise hat vor vier Jahren etliche europäische Staaten erschüttert. Sie drohte, die Gemeinschaftswährung zu gefährden. Es gab und gibt harte, kontroverse Diskussionen, doch auch hier können wir feststellen: Europa hat Lösungen gefunden und diese Lösungen haben die Krise erkennbar entschärft.

Noch vor wenigen Jahren haben sich viele geärgert, wenn sie nach dem Urlaub in Italien oder

Spanien ihre Handy-Rechnung bekommen haben. Heute fällt der Blick auf die Telefon-Rechnung deutlich entspannter aus. Europa hat die Roaming-Gebühren begrenzt.

Die große Osterweiterung, deren Jubiläum wir bald feiern, hat Bayern - nur ein Beispiel - allein durch einen Anstieg der Exporte mit Tschechien um 56% zwischen 2004 und 2012 zusätzliche Arbeitsplätze gebracht.

Eigentlich müsste es für alle unbestritten sein: Europa ist eine gute Sache.

Eigentlich müssten sich Europawahlen größten Zuspruchs erfreuen, denn sie bieten die Gelegenheit, die eigene politische Meinung in diese wichtige Entscheidungsebene einzubringen.

Eigentlich. Die Realität sieht anders aus.

Bei vielen dominiert die Frage: Wozu soll ich zur Europawahl gehen? In den Medien wird in erster Linie diskutiert, wie groß der Anteil antieuropäischer Parteien im Europäischen Parlament sein wird.

Wie erklärt sich das? Eigentlich müsste jeder das größte Interesse daran haben, welchen politischen Weg Europa in den kommenden fünf Jahren gehen wird. Doch Tatsache ist: Die Menschen wenden sich zusehends von Europa ab. Die Zahlen sind erschütternd: Letzten Herbst hatten nur noch 31 % der Bevölkerung ein positives Bild von Europa im Vergleich zu 50 % im Frühjahr 2006. Unabhängig übrigens von der Schuldenkrise. Sowohl die Unterstützung der Menschen für Europa wie auch die Beteiligung an Europawahlen sind in den letzten Jahrzehnten stets nur gesunken. Offen anti-europäischen Parteien wird zugetraut, bis zu einem Viertel der Sitze im künftigen Europäischen Parlament zu gewinnen.

Warum wenden sich die Menschen ab? Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch es gibt ein Grundmotiv: Enttäuschung.

Man hat mit der Schaffung des Euro versprochen, dass die neue Währung so stark sein wird wie die Deutsche Mark. Wahrgenommen haben viele Menschen einen spürbaren Kaufkraftverlust.

Man hat mit der EU-Erweiterung versprochen, die Teilung Europas dauerhaft zu überwinden. Wahr-

genommen haben viele Menschen aber auch, dass wir damit jede Menge Probleme importieren - von Sozialhilfemissbrauch bis zu grenzüberschreitender Kriminalität.

Man hat mit der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Brüssel versprochen, dass ein gemeinsamer Rechtsraum in unser aller Interesse ist. Wahrgenommen haben viele Menschen, dass sich die EU nicht darauf beschränkt zu regeln, was nötig ist. Sie haben den Eindruck, dass von Brüssel alles durchgenormt und reguliert wird, was man regulieren könnte.

Viele Menschen haben den Eindruck, die Europäische Union sei mit ihren Aufgaben überfordert. Sie haben den Eindruck, dass eine Zuständigkeit Europas in vielen Bereichen zu schlechter Qualität dessen führt, was sie vom Staat erwarten. Ich spreche von der Angst vor Kriminalität, Angst vor einer Überforderung der Sozialsysteme. Ich spreche von der Angst vor höheren Belastungen, der Angst vor der Mithaftung für die Schulden anderer.

Das kann niemanden gleichgültig lassen. Ohne die Unterstützung der Menschen gibt es keine europäische Integration. Ich warne Brüssel davor, sich in

trügerischer Sicherheit zu wiegen und zu glauben, der Fortbestand der europäischen Integration sei eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen darum kämpfen!

Wie kommen die Menschen zu dieser Meinung?

Was lesen sie, was hören sie über Europa?

Sie lesen, dass von Kommissar Almunia eine Entscheidung im Beihilfeverfahren zum EEG erwartet wird, die in Deutschland bis zu 1 Million Arbeitsplätze gefährden kann.

Sie lesen, dass alle europäischen Staaten, sei es Griechenland, sei es Deutschland, jede Anstrengung unternehmen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Und dass zugleich die EU-Kommission eine Ausweitung des EU-Haushaltes um 5 Prozent fordert.

- Anrede -

Manche Dinge widersprechen einfach der Vernunft.

Und deswegen darf es ein „weiter so“ auch nicht geben. Brüssel ist dabei, das Vertrauen der Menschen zu verspielen, wenn es sich nicht ändert. Wir brauchen und wollen ein geeintes und starkes Europa - ein Europa, das sich selbstbewusst den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt.

Was tun? Darauf gibt es in diesem Haus höchst unterschiedliche Antworten:

Manche meinen, man müsse Europa den Menschen „besser erklären“. Heißt das, sie trauen den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, sich selbst ein Bild machen zu können? Das können sie natürlich. Aber sie werden „besser erklären“ nur als „beschwichtigen“ verstehen - und das vielleicht sogar zu Recht. Die Probleme, die Fehlentscheidungen der Europäischen Union sind doch mit Händen zu greifen! Damit tut man Europa keinen Gefallen.

Andere meinen, wer Europa voran bringen will, müsse die Integration stärken. Wir bräuchten mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen für Europa. Wir bräuchten ein sozialeres Europa. Wir bräuchten Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten. Es tut mir leid, aber glaubt jemand, dieser Ansatz würde auch nur von einigen der Regierun-

gen der Mitgliedstaaten unterstützt? Glaubt jemand ernsthaft, die Bevölkerung auch nur eines Mitgliedstaates wolle den Weg zu einem europäischen Bundesstaat beschreiten? Allein die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind so unterschiedlich wie die nationalen Essgewohnheiten. Sozialsysteme drücken gesellschaftspolitische Präferenzen aus, die in Europa unterschiedlicher nicht sein könnten. Wer meint, hieraus einen sozialpolitischen Einheitsbrei kochen zu können, der hat nicht verstanden, dass sich hiervon die Menschen in den verschiedenen Mitgliedstaaten abwenden würden, zum Schaden Europas.

Und dann gibt es noch die Rückbauer Europas, die Ver-Schweizerer. „Aussteigen und selber machen“ - das möchte ich auch mal ganz deutlich sagen - ist im 21. Jahrhundert keine Lösung!

Sinnvoll, realistisch und zielführend ist nur das, was bereits der Schriftsteller Tomasi di Lampedusa so treffend in Worte fasste: „Manchmal muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“.

II. REFORMEN FÜR EIN BESSERES EUROPA

- Anrede -

Wir sehen es am Beispiel der Schuldenkrise, wir sehen es am Beispiel der Ukraine. Die Europäische Union braucht ein neues Selbstverständnis, oder, wie es Kommissionspräsident Barroso formulierte, „im Großen groß, im Kleinen klein“. Will die EU im 21. Jahrhundert bestehen, muss sie sich auf Wesentliches konzentrieren und darf die Menschen nicht mit Belanglosigkeiten behelligen.

Und große Dinge gibt es wahrlich genug:

Ich nenne das Transatlantische Freihandelsabkommen. Hierzu kann man inhaltlich stehen, wie man will. Doch bei aller berechtigten Kritik zu Transparenz und Mitsprache, eines muss uns völlig klar sein: Wer von uns will, dass die Standards des Welthandels eines Tages von China bestimmt werden? Wenn wir uns da einig sind, dann ist es für uns von Vorteil, wenn Europa gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit einem präzisen, eindeutigen und transparenten Freihandelsabkommen hohe gemeinsame Qualitätsstandards setzt. Das erreichen wir nur, wenn Europa

bei den Verhandlungen mit einer Stimme spricht und den Erfolg des Abkommens will. Wer einen Abbruch der Verhandlungen fordert, handelt unverantwortlich.

Ich nenne den Europäischen Patentschutz: Wir Bayern sind deutscher Meister beim Anmelden von Patenten. Patentschutz ist der Garant dafür, dass bayerische Forscher und Entwickler die Ernte ihrer Arbeit selbst einfahren.

Ich nenne aber auch die Außen- und Sicherheitspolitik: Konfliktbewältigung mit friedlichen Mitteln - das ist die Stärke der Europäischen Union, das haben wir nach den großen Katastrophen unseres Kontinents über 60 Jahre lang geübt und gelebt. Es ist daher richtig und gut, dass sich die EU in Bezug auf die Ukraine so schnell auf eine gemeinsame Haltung und ein gemeinsames Handeln verständigt hat.

Und ich nenne die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kontinents. Ohne Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereit sind, zu investieren und Risiken einzugehen, kann es auf Dauer keine Beschäftigung und keinen Wohlstand geben. Hier sehe ich überhaupt die vordringlichste Aufgabe der

EU: Einen klaren Ordnungsrahmen zu setzen, der gute Wettbewerbsbedingungen für alle schafft und es dadurch den europäischen Unternehmen ermöglicht, ihre Waren und Dienstleistungen weltweit zu vertreiben.

- Anrede -

Bayern hat sich stets als Ideengeber der Europäischen Einigung begriffen. Wir haben in der Vergangenheit selbstbewusst, heimatverbunden und entschieden für die Europäische Einigung gekämpft. Gerade weil wir den Erfolg Europas wollen, sagen wir deutlich, was schief läuft: Eine EU, die in Gefahr läuft,

- Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden,
 - kleine Betriebe mit überzogener Bürokratie zu schikanieren,
 - mit einem riesigen Beamtenapparat selbstherrlich zu regieren und
 - sich lieber ums Kleine zu kümmern, weil sie das Große scheut,
- lehnen wir ab.

Wir in Bayern haben vielmehr ganz klare Vorstellungen davon, wie ein besseres Europa aussehen muss:

- Ein besseres Europa beschränkt sich aufs Wesentliche.
- Ein besseres Europa ist nach außen stark und im Innern schlank.
- Ein besseres Europa ist demokratischer, bürger-näher und vielleicht auch politischer.

1. AUFS WESENTLICHE BESCHRÄNKEN

Europa muss sich aufs Wesentliche beschränken. Wir brauchen wieder eine klare und kontrollierte Grenze zwischen dem, wofür Europa zuständig ist und dem, wofür die Mitgliedstaaten zuständig sind:

- Solange diese Grenze nicht völlig klar gezogen ist,
 - solange es keine echte Kontrolle gibt,
 - solange Brüssel mit windelweichen Begründungen alles regeln kann, was es will,
- sind alle anderen Bemühungen sinnlos.

Ich fordere den Mut, zu verhindern, dass die EU schleichend immer mehr Entscheidungen an sich zieht!

Das ist auch machbar, denn dafür müssen wir keine Verträge ändern. Ich schlage vielmehr eine echte und überprüfbare Selbstverpflichtung der

EU-Organen vor, sich bei bestimmten Dingen künftig zurückzuhalten.

Wir brauchen auch eine echte und wirksame Kontrolle des Handelns der EU. Denn der Europäische Gerichtshof hat sich dieser wichtigen Aufgabe verweigert und sich lieber als weiterer „Motor der Integration“ verstanden. Deswegen brauchen wir ein unabhängiges Kompetenzgericht, das über die Zuständigkeitskonflikte zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten entscheidet.

2. STARK NACH AUSSEN, SCHLANK IM INNERN

Der Regisseur Wim Wenders bringt es auf den Punkt: „Aus der europäischen Idee ist die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Verwaltung sei die Idee.“

Ein immer größerer Apparat in Brüssel bringt immer mehr Regelungen hervor. Lassen Sie uns überflüssige Vorschläge im Keim ersticken. Das schaffen wir:

- mit einem konsequenten Sparkurs für das EU-Budget,
- mit einer kleineren Kommission,

- mit mehr Handlungsfreiheit für die Mitgliedstaaten und
- mit einer unabhängigen Kontrollinstanz, die sich auch mal anschaut, was die Regelungsvorschläge in der Praxis tatsächlich bedeuten!

Wenn uns das gelingt, setzen wir Ressourcen frei. Ressourcen, die Menschen, Unternehmen und Verwaltungen so dringend benötigen, um besser zu werden.

Ich freue mich daher, dass sich unser ehemaliger Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber dieses Themas so intensiv und mit ganzem Herzblut angenommen hat. Europa braucht Menschen, die für die Sache kämpfen und mit Dr. Edmund Stoiber konnte man keinen besseren finden!

3. NÄHER AM BÜRGER

- Anrede -

Ich habe es eingangs bereits erwähnt: Die Krise in Europa ist vor allem eine Vertrauenskrise. Und in der Politik ist Vertrauen die einzige Währung, die zählt.

In einer Demokratie kann Vertrauen nicht ohne Mitsprache entstehen. Mitsprache gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können und dass sie deswegen Entscheidungen besser verstehen und akzeptieren.

Bayern hat schon immer für mehr Mitsprache in Europa gekämpft - und zwar mit Erfolg: Dank unseres Ersten Vizepräsidenten Reinhold Bocklet hat Bayern seit Jahren die aktivste Landesvertretung in Brüssel. Bayern war der Vorreiter für mehr Regionalität in Brüssel. Und der Bayerische Landtag ist in EU-Angelegenheiten schon heute das stärkste Landesparlament in Deutschland.

Auf diesem Weg möchte ich voranschreiten. Ich fordere eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente. Ein Zustimmungsrecht bei wichtigen europäischen Vorhaben bringt europäische Debatten viel schneller in die nationalen Parlamente. So entsteht Öffentlichkeit. So beteiligen wir die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keine „vollendeten Tatsachen“ aus Brüssel serviert bekommen. Wir wollen selbst mitentscheiden.

Und wir wollen noch weiter gehen. Bei Änderungen der EU-Verträge und bei künftigen EU-Erweiterungen brauchen wir - unser Ministerpräsident Seehofer hat dies zu Recht schon früh gefordert - Volksentscheide auf Bundesebene.

Europa darf keine Angst vor der Stimme des Volkes haben!

Bayern hat eine starke Stimme in Europa. Zutrauen statt Misstrauen. Beteiligen statt bevormunden. Das ist der bayerische Weg.

- Anrede -

III. EUROPA EINE RICHTUNG GEBEN

Europa wächst zusammen. Der polnische Student, der in Weihenstephan Brauwesen studiert, das „London Oktoberfest“ oder der Nürnberger Lebkuchenbäcker, der seine Köstlichkeiten überall hin verschickt - all das zeigt, dass Bayern wie selbstverständlich mitten in Europa liegt.

Und weil dem so ist, weil Europa für uns Bayern eine Selbstverständlichkeit ist, freue ich mich auch, dass wir dieses Jahr die neue Vertretung des Frei-

staates Bayern in Prag eröffnen können. Ein weiteres starkes Zeichen dafür, dass Bayern zu Europa steht.

Doch gerade weil Europa heute anders ist als vor 60 Jahren, gerade weil Europa heute ganz anders herausgefordert wird, müssen wir Europa auch neu definieren.

Daher mein dringender Appell - gerade im Europawahljahr - an das neue Parlament und die neue Kommission: Verspielen wir nicht unsere Zukunft. Das können wir uns schlicht nicht leisten.

Kein „weiter so“, sondern gehen wir ihn an: Einen echten und ernst gemeinten Umbruch.